

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

21.9.1862 (No. 222)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 21. September.

N. 222.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einschlagsgebühren: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Telegramme.

Δ Berlin, Samstag 20. Sept., Nachmittags. Abgeordnete nach Hause. Militärabende. Der Kommissionsbericht über den Militäretat für 1862 ist durchberathen und über all nach den Kommissionsanträgen erledigt. Nächsten Montag definitive Schlussabstimmung. Ministerberatungen fortbauend. Ministerkrisis schwebend.

Δ Wien, Samstag 20. Sept. Das Abgeordnetehaus hat das Einfuhrgegesetz zum deutschen Handelsgegesetz angenommen.

Δ St. Petersburg, 20. Sept. Ein kaiserl. Manifest für 1863 nach sechsjähriger Suspension eine Rekrutierung von 5 Mann auf Tausend der Bevölkerung. Die Rekrutierung beginnt am 15. Januar.

*** New-York, 10. Sept. (Ueber Cap Race.)** Mac Clellan ist mit einer ungeheuren Truppenzahl ausgezogen, um General Jackson zu verfolgen. Die Bundesstruppen haben Nashville geräumt. Der Präsident hat Stanton's (des Kriegsministers) Entlassung angenommen. Zu seinem Nachfolger ist Hallek ernannt.

Δ New-York, 10. Sept. McClellan ist wieder ins Feld gerückt. Er zog von Washington in der Richtung gegen den nördlichen Theil Marylands, um die Südbandtruppen anzugreifen. Die Unionsflotte vor Baltimore soll die Stadt zerstören, wenn dieselbe von den Südbandtruppen erobert wird. McDowell ist seiner Funktionen enthoben und auf drei Wochen beurlaubt worden. Die strengen Befehle zur Truppenaushebung sind zurückgezogen worden; die Bürger haben wieder die Freiheit, zu reisen. Dem Kongress des Südbundes ist ein Gesetz zur Aushebung von 300,000 Mann vorgelegt worden. Viele Familien verlassen Washington. Gold 13%. Wechsel 131.

*** Marseille, 19. Sept.** Hr. Benedetti ist von seiner Reise nach Corsica zurückgekehrt und hat sich nach Paris ergeben. Prinz Napoleon wird den 21. oder 22. hier erwartet. Er wird sich nach Genua begeben, wenn Prinzessin Clotilde ihn begleitet; andernfalls wird er zuerst nach Naxos gehen.

*** Turin, 18. Sept.** Graf Stackelberg ist heute Morgen von dem König empfangen worden und hat ihm sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Der russische Gesandte hat sodann dem Prinzen von Carignan einen Besuch abgestattet.

Die Zirkularnote Durando's.

Die bereits erwähnte Zirkularnote des italienischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an die italienischen Repräsentanten bei den Mächten ist vom 10. d. datirt, und lautet in der Uebersetzung des „Bund“ folgendermaßen:

„Mein Herr! Die Haltung, welche die Regierung seit dem Attentat von Sarinco angenommen hatte, gab Grund zu der Erwartung, daß der General Garibaldi fürderhin auf Unternehmungen verzichtet werde, welche sich mit der bestehenden Ordnung nicht vertrügen und geeignet waren, Italien in seinen Beziehungen zu den fremden Regierungen bloßzustellen.“

Diese Erwartung wurde getäuscht. Berührt durch Gefühle, welche eine höhere Achtung vor dem Gesetz und eine richtigere Beurtheilung der

Ein vaterländisches Bild aus den neunziger Jahren.

(Schluß aus Nr. 218.)

Der Kreuzwirth lachte, nicht des Vater Unfers, sondern des Gespenstes wegen; er sprang über das Biegelin hinauf und freischelte und berührte das Pferd. Dann näherte er sich dem Straßengraben. „He, guter Freund!“ rief er, zum Entsetzen des Knechts, die Gestalt an, „siehst du, das Bett da im Graben ist viel zu naß und zu kalt. Im Kreuz in Kürzell schlafst sich's besser!“

Er bekam keine Antwort. Jetzt rüttelte er den unbeweglich Liegenden, ohne jedoch ein Zeichen des Lebens an ihm wahrzunehmen; dann öffnete er ihm das Bruststück, und siehe, er fühlte noch einige Wärme auf dem Herzen.

„Sei er nun lebend oder todt,“ sagte der Kreuzwirth, „liegen lassen können wir ihn nicht. Komm, hilf mir ihn aufladen.“

Sie beteteten ihn auf Stroh und der Kreuzwirth breitete seinen Mantel über ihn.

Weiß und Kinder daheim waren noch auf, weil sie heute den Vater erwarteten. Sie erschrakten, als sie hörten, er bringe einen Todten mit. Wo sie den Halbescharren beim Schein einer Laterne betrachteten, glaubte der Kreuzwirth einen Bekannten in ihm zu entdecken. „Der große Bär vom Winkelhof ist's, und kein Anderer!“ rief er aus.

Da keine Spuren von Gemüthsregung an dem Scheintodten zu sehen waren, suchten sie ihn durch verschiedene Mittel wieder ins Leben zu rufen. Nach anhaltendem Bürsten und Reiben mit Wollenzug hatten sie die Freude, ihn die Augen aufschlagen zu sehen. Stauend schaute er umher und fragte: „Wo bin ich?“

„Im Kreuz bis über die Ohren,“ sagte der Kreuzwirth lächelnd. „Besser, ich wär' todt!“ jammerte der Unglückliche.

„Wie könnt Ihr so reden!“ sagte der Kreuzwirth theilnehmend. „Was? Ihr haltet eure Lebendordnung für ein Unglück?“

„Ich kann nicht leben und nicht sterben. — Wie ein Schatten jagt

Westlage hätte im Zaum halten sollen, und allzu zugänglich den Aufreizungen einer Sekte, welche sich mehr durch ihre Opfer, als durch ihre Erfolge bemerklich gemacht hat, schredete er nicht vor der Aussicht eines Bürgerkriegs zurück, und wollte er sich zum Schiedsrichter über die Allianzen und die Gelüste Italiens machen. Begünstigt durch das Andenken, das er durch die Ereignisse von 1860 in Sizilien gelassen, konnte er auf dieser Insel Freischaren sammeln. Die Bevölkerung aber, geteilt in die Sympathie, welche in ihr der Ruf nach dem Besitze Roms erwecken mußte, und in den Kummer, diese Forderung die Gestalt einer Revolte annehmen zu lassen, sah ihn nur mit Besorgniß und Trauer in ihre Mitte kommen; das Parlament mißbilligte ihn; der König selbst, auf dessen Namen er sich unaufhörlich bezog, rief ihn zur Unterwerfung unter die Gesetze zurück. Alles war vergeblich. Er zog durch Sizilien und rüdete in Catania ein, überall einen Empfang voll heftigster Warnungen findend, welche er nicht zu hören verstand. Von Catania endlich ging er mit 3000 Mann auf das Festland über, und nöthigte dergestalt die Regierung des Königs, zu einer unverweilt und vollständigen Unterstützung zu schreiten. Hierauf wurde er von einer Abtheilung unserer Armees eingekesselt und sammt den Seinigen gefangen.

Die Ereignisse, Hr. Minister, die ich Ihnen hier summarisch in's Gedächtniß gerufen habe, werden unter uns keine andere Spur zurücklassen, als eine schmerzliche Erinnerung; die Einheit der Gemüther, welche sich auf eine einmüthige Anhänglichkeit an höhere Grundzüge stützt, wird dadurch nicht gestört werden. Es wohnt ihnen indessen eine Bedeutung ein, welche Sie der Regierung, bei welcher Sie akkreditirt sind, bemerzlich machen werden. Für's erste sind sie ein Zeugniß für die politische Reife dieses erst seit gestern freien Volkes, und für den Wunsch, den Italien hegt, seine Geschicke auf regelmäßigem Wege und durch die unerschütterbaren Bande sich entwickeln zu sehen, welche die Nation und die konstitutionelle Monarchie, diesen höchsten Ausdruck des Volkswillens, einigt. Sodann sind jene Ereignisse ein neuer Beweis der Treue und Disziplin der Armees, der behändigen und sichern Hüterin der nationalen Unabhängigkeit.

Gleichwohl dürfen die europäischen Kabinette den wahren Sinn der Ereignisse nicht verkennen. Das Gesetz hat gesiegt; allein das Lösungswort der Freiwilligen war, man muß es zugeben, diesmal der Ausdruck eines Bedürfnisses, welches sich heute dringlicher als je erweist. Die ganze Nation verlangt nach ihrer Hauptstadt. Sie hat dem unbekanntem Drängen Garibaldi's nur widerstanden, weil sie überzeugt ist, daß die Regierung des Königs das Mandat, welches sie bezüglich Roms vom Parlament erhalten hat, zu erfüllen wissen werde. Das Problem hat eine andere Gestalt gewinnen können; allein die Dringlichkeit einer Lösung ist dadurch nur stärker geworden.

Angesichts der immer schwereren Erschütterungen, welche sich auf der Halbinsel wiederholen, werden die Mächte begreifen, wie unwiderstehlich der Drang ist, der die Nation nach Rom treibt. Sie werden begreifen, daß Italien eine hohe und letzte Anstrengung gemacht hat, indem es als Feind einen Mann behandelte, welcher doch so glänzende Dienste geleistet und ein Prinzip hochhielt, das in der Brust aller Italiener lebt. Sie werden einsehen, daß die Italiener, indem sie ohne Fögern den Souverän in der eben durchlaufenen Krise unterstützten, alle ihre Kraft um den legitimen Vertreter ihrer Rechte nur in dem Sinne vereinigt haben, daß ihnen endlich volle Gerechtigkeit zu Theil werde.

Nach diesem Siege, den es gemüthmaßen über sich selbst errungen, hat Italien nicht mehr nöthig, zu beweisen, daß seine Sache die der europäischen Ordnung ist; es hat hinlänglich gezeigt, zu welchen Opfern es sich zu entschließen weiß, um seine Verpflichtungen zu halten, und Europa weiß namentlich, daß Italien diejenigen halten wird, welche es bezüglich der Freiheit des heil. Stuhls übernommen und noch zu übernehmen bereit ist. Die Mächte müssen uns von nun an helfen, die Vorurtheile zu zerstreuen, welche noch im Wege stehen, um Italien die Ruhe zu verschaffen

se mir nach!“ schrie der Bauer, und starrte verstört, als sähe er einen Geist, in die dunkle Stube. Dann schloß er die Augen wieder und Zitterfrost schüttelte seine Glieder. Nach etwa einer Stunde verank er in wohlthätigen Schlummer.

Aus den wenigen Worten, die der Winkelbauer gesprochen, hatten der Kreuzwirth und seine Frau jogleich den richtigen Sachverhalt herausgefunden. Vor wenigen Wochen war dem Bauer sein Weib gestorben, das, auch dem Kreuzwirth eini so theure, Annelie. Die Ehe war keine ganz glückliche gewesen; durch launisches Wesen und Eifersucht, hieß es, habe der Bauer dem guten Annelie das Leben verbittert. Nach ihrem Tode wurde der Mann schwermüthig, als nagte heimliche Reue an seinem Herzen. In einem Anfall von Gemüthskrankheit hatte er sich selbstige Nacht vom Hofe entfernt, um (wie er dem Kreuzwirth später gestand) nicht mehr zurückzufahren. Ein Sturz in den Graben, wo ihn der Kreuzwirth gefunden, hatte ihn beunruhigt gemacht; im nahen Weiser, vertraute er seinem Ketter, habe er absichtlich „den Todeschlaf schlafen“ wollen.

Das Ehepaar und alle Anderen im Hause thaten ihr Möglichstes, den Mann nicht nur gut zu versorgen, sondern auch zu beruhigen. Ihre Bemühungen fruchteten; namentlich war es des Kreuzwirths Trost und unbedingter Humor, der günstig auf seinen Zustand einwirkte. Nach acht Tagen schon kehrte er in Begleitung seiner beiden Kinder auf den Winkelhof zurück; und nie ging er später durch Kürzell, ohne seinem Ketter und Pfleger zu danken und ein gutes Schöppllein mitzunehmen.

Nach während des Aufenthaltes in Nippoldenau war des Kreuzwirths Hauptfeind, der Brigadegeneral, zur Armees nach Italien veretzt worden, und General Klein hatte das Hauptquartier in Schutterden bezogen.

Freunde hatten es so einzurichten gewußt, daß des Wirthes Ältester, Sohn den General, bei der Tafel im Hause des Pfarrers in Kürzell einmal bedienen durfte. Das Gespräch kam auf des Vaters Fluht,

und Europa sicherzustellen. Die katholischen Nationen, Frankreich insbesondere, das so ausdauernd an der Vertheidigung der weltlichen Interessen der Kirche gearbeitet hat, werden die Gefahr anerkennen, die darin liegt, wenn noch länger zwischen Italien und dem Papstthum ein Antagonismus besteht, dessen einzige Ursache in der weltlichen Gewalt zu suchen ist, und wenn der Geist der Mäßigung und Bescheidenheit, von welchem das italienische Volk bis dahin befehlt war, erlahmt. Ein solcher Zustand der Dinge ist unhaltbar, er würde die Regierung des Königs zu äußersten Konsequenzen nöthigen, deren Verantwortlichkeit dann nicht auf und allein lasten würde und welche die religiösen Interessen der katholischen Christenheit und die Ruhe Europa's schwer kompromittiren müßten.

(Folgen die übliche Schlussformel und die Unterschrift des Ministers Giacomo Durando.)

Erklärung des Frankfurter Senats, den Handelsvertrag betr.

Dieselbe lautet (nach der „Zeff. Post.“) wörtlich also:

Die geschätzte Note vom 6. April l. J., mit welcher E. Hochwohlgeboren der k. preussische Ges. Legationsrath und Resident bei der freien Stadt Frankfurt wie auch Bundesstags-Gesandtschaftsrath Dr. v. Wenzel dem unterzeichneten älteren Bürgermeister hiesiger freien Stadt von dem Ergebnisse der kommerziellen Verhandlungen Mittheilung gemacht hat, welche seitens der k. preussischen Regierung in Folge der Rückübertragungen der übrigen Zollvereins-Staaten mit Frankreich geschlossen worden sind und in welcher die Zustimmung des Senats zu jenen Verhandlungen und dessen Neuerung über einige besonders namhaft gemachte Punkte angedeutet wird, ist von dem Unterzeichneten dem Senat vorgelegt und von diesem einer, der Bedeutung der Angelegenheit entsprechenden Prüfung unterzogen worden.

Nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnis dieser Prüfung ist der Unterzeichnete zu der Erklärung beauftragt, daß der Senat keinen Anstand findet, zu dem Handelsvertrag nebst beigefügten Tarifen A. und B., zu dem Schiffsfahrts-Vertrag, zu der Uebereinkunft, betreffend die Zollabfertigung des internationalen Verkehrs auf den Eisenbahnen, und zu dem Schlussprotokoll jener Vereinbarungen, vorbehaltlich der Ratifikation und der wegen derselben nach der hiesigen Verfassung vorher zu pflegenden Verhandlung mit den andern hiesigen Staatsbehörden seine Zustimmung zu erteilen, auch nach Lage der Verhandlungen zur Zeit davon abzusehen, die bei diesen Verträgen hervortretenden Wünsche amoch zur Sprache zu bringen, deren Berücksichtigung das Interesse des Handels und der Industrie hiesiger Stadt erschöpfen könnte.

In Beziehung auf die in der geehrien Note vom 6. April l. J. namhaft gemachten besonderen Punkte ist der Unterzeichnete zu der Erklärung beauftragt, daß der Senat, unter dem zuvor erwähnten Vorbehalt, eben so wenig Anstand findet:

- 1) für die Annahme des von Frankreich wegen gegenseitiger Zollbegünstigung für Bier gemachten Vorschlag sich anzuschließen;
- 2) hinsichtlich der Wahl zwischen dem Gemüthszoll und dem Zoll nach dem Flächeninhalt für die größeren Spiegelgläser derselben Ansicht sich anzuschließen, für welche die königl. preussische Regierung sich glaubt entscheiden zu sollen;
- 3) dem Arrangement in Betreff der gebleichten und unbleichten Baumwollengewebe und des Gold- und Silberbatts beizutreten;
- 4) seine Bereitwilligkeit zu erklären, bei einer Generalkonferenz zur Umarbeitung des Vereins-Zolltarifs nach erfolgter Unterzeichnung der Verträge mitzuwirken;
- 5) für den Anschluß an die mit Frankreich unterhandelte Uebereinkunft wegen gegenseitigen Schutzes des literarischen und künstlerischen Eigen-

wobei der General die Versicherung gab, daß ihm kein Leid widerfahren werde, er möge getroßt nach Hause kommen. Auf diese Zusage hin wurde dann jogleich der Bote mit dem Wehweig in die Berge des Schwarzwaldes abgeschickt.

Der joviale Wirth wurde bald der Liebling der Soldaten, so daß ihm die Einquartieren gern bei Haus- und Feldarbeiten anshalfen. Sogar der Generaladjutant Genier, der ihm eini das Leben abgesprochen, wurde sein täglicher Gast; und der General hegte so große Achtung für ihn, daß er einmal bei öffentlicher Tafel auferte: er wünsche nur lauter so weadere Franzosen zu haben, wie der Kreuzwirth ein Deutscher sei.

Welche gewaltsame Veränderungen auch die Zeiten noch brachten, unser Freund blieb seiner patriotischen Gemüth treu. Das Schicksal gönnte ihm, noch die Siegesbockhaften vom Leipziger Schlachtfelde zu vernemen und die Befreiungshere über den Rhein ziehen zu sehen. Der hochbegeisterte Ritter — er hatte, wie der Freund vorausgesagt, die tranernde Germania siegreich von ihren Feinden befreit! Nur meinte der Kreuzwirth, wenn er auf den Schlachtfeld des großen Nationaldramas zu sprechen kam, es hätte etwas mehr gesehen sollen. „Ei nu,“ pflegte er zu sagen, „was die Wäter verflämt haben, sollen die Enkel nachholen. Der gemeine Mann hat seine Schuldbilgkeit gethan!“

(Ausgebrannte Krankheit.) In Raab wollten zwei Frauen einen, an der Wicht leidenden Mann durch Räucherungen, welche unter abergläubischem Hofschupfuss vorgenommen werden sollten, von seinen Schmerzen befreien. Sie wickelten den Kranken in Berg ein, welches sie an den Körper mit Spogast festbunden, und begannen hierauf ihre abergläubischen Räucherungen und Räucherungen, wobei sie jedoch so unvorsichtig waren, daß das Berg Feuer fing. Die Krankheit verbrannte zwar auf diese Weise, der Kranke selbst aber auch,

thums unter dem Vorbehalte sich zu erklären, daß den Gegenständen, welche zollfrei zugelassen werden sollen, annoch

Etiquetten und Druckfächer aller Art beigefügt werden; auch endlich

6) die Aufhebung, zum mindesten Ermäßigung der Uebergangsabgaben für Wein und Traubenmoß als wünschenswerth zu bezeichnen.

Der Senat hat bei der Prüfung der vorliegenden Angelegenheit erkannt, daß die leitenden Prinzipien und Grundbestimmungen der in Frage stehenden Vereinbarungen den Interessen des Handelsstaats Frankfurt entsprechen, und hat sich hierdurch nicht allein bei der gegenwärtigen Erklärung bestimmen lassen, sondern führt sich darum auch verpflichtet, seinen verbindlichsten Dank für die von der k. preussischen Regierung den langwierigen und mühevollen Verhandlungen gewidmete Sorgfalt wiederholt auszusprechen; andererseits verpflichtet ihn aber eben so entschieden die geographische Lage von Frankfurt, seine Bestimmungen überall an die Voraussetzung zu knüpfen, daß gleiche Bestimmungen auch von Seiten der übrigen Zollvereins-Staaten erlangt werden, indem er sich für den andern Fall abgeänderte, den eintretenden Verhältnissen und dem Interesse von Frankfurt angemessene Entschädigung ausdrücklich andurch vorbehält.

Der Senat hält übrigens an der Hoffnung fest, daß es, der k. preussischen Regierung gelingen werde, die Schwierigkeiten, welche die Ausführung der vorliegenden Vereinbarungen innerhalb und außerhalb des Zollvereins begegnet, zum dauernden Segen ausgleichend zu allseitiger Befriedigung zu besänftigen, und erklärt sich gerne bereit, hierzu, in etwa beliebt werdenden Konferenzen oder sonst, so viel an ihm liegt, mitzuwirken.

Der unterzeichnete ältere Bürgermeister hiesiger freien Stadt, indem er Se. Hochoberlehnung ergebenst ersucht, die vorgehende Erklärung des Senats zur Kenntnis der k. preussischen Regierung bringen zu wollen, benützt mit Vergnügen auch den gegenwärtigen Anlaß zur wiederholten Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung.

Frankfurt a. M., den 2. September 1862. (gez.) Dr. Neuburg.

* Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Militärdebatte.

Berlin, 18. Sept. Ueber die Sitzung der Budgetkommission, in welcher die unerwartete Verzögerung, welche ihren Abschluß fand, berichtet die „Nationalzeitung“:

Die heutige Sitzung der Budgetkommission eröffnete der Kriegsminister v. Roon mit einer Erklärung, die er indes nicht förmlich im Namen des Staatsministeriums, sondern in seinem eigenen abgab. Der wesentliche Inhalt derselben war folgender: „Hierundzwanzig Stunden sind eine kurze Frist in einer so wichtigen Angelegenheit als die vorliegende. Um wo möglich eine Verständigung zu erreichen, ist die Regierung dem Abgeordnetenhaus bereits entgegengekommen und hat ungeachtet nicht unwesentlicher technischer Bedenken sich mit dem Amendement Stavenhagen v. Sybel, jetzt v. Binke, einverstanden erklärt. Ich hoffe, daß in diesem Zustande die Grundlage zu einem Einvernehmen gegeben sein wird, und bin überzeugt, daß Regierung und Land die Einigung mit großer Freude begrüßen werden. Was meine weitere Äußerung über den Antrag, so weit er 1863 berührt, betrifft, so wird von derselben die Erwägung der Vor schläge für 1862 nicht abhängig zu machen sein. Bei der Beratung des Etats pro 1863 wird die Regierung ihren Standpunkt näher bezeichnen. Nach reiflicher Erwägung muß ich indes die innige Ueberzeugung aussprechen, daß das Amendement Stavenhagen, jetzt v. Binke, in vorliegender Form und unverändert aus technisch-militärischen Gründen unausführbar erscheint. Das Einverständnis der Regierung mit demselben kann daher nicht in Aussicht gestellt werden, und die Regierung würde ihre Pflicht verletzen, wenn sie, lediglich um jetzt Frieden zu haben, auf das Amendement pure eingehen wollte. Ich bin bereit, meine Erklärung näher zu begründen.“

Nachdem die Kommission die Begründung zugelassen hatte, führte Hr. v. Roon aus, daß sich schon bei der verspäteten Einstellung der Rekruten am 15. Februar jeden Jahres große Schwierigkeiten ergeben, und daß der Zustand Europa's erfordert, daß die Armee stets im kriegsbereiten Zustand sei. Der Grundgedanke des Amendements sei die faktische Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Die Armee habe schon unter der provisorischen Verkürzung der Dienstzeit gelitten, und noch größere Uebelstände würden bei der Herabsetzung auf zwei Jahre eintreten. Jedenfalls müsse sie, falls sie möglich sein solle, durch Kompensationen ermöglicht werden, von denen es noch nicht einmal feststehe, ob sie wirksam sein würden. Dabei wies der Kriegsminister auf Erhöhung des Soldes für Unteroffiziere und Kapitulanten und auf die Errichtung stehender Lager hin. In Bezug auf das erwartete Gesetz erklärte er nochmals, die Regierung denke ihre eingegangene Verpflichtung in Bezug auf die Vorlegung desselben später zu erfüllen. Von Seiten aller Redner wurde in längerer Debatte bemerkt, daß die Äußerungen des Kriegsministers kein Entgegenkommen der Regierung, und zwar nicht einmal der Minderheit gegenüber bezeugten, daß das Haus auf der gesetzlichen Regelung der Militärangelegenheit bestehen müsse, und daß, bevor diese nicht angebahnt sei, keine Veranlassung vorliege, von dem bisher eingeschlagenen, ganz korrekten Wege abzugehen. Der Antrag des Abg. v. Hoyerbeck, das Haus wolle beschließen, daß die Erklärungen des Kriegsministers von gestern und heute Veranlassung gäben, die Beratungen über den Etat pro 1862 weiter auszulegen, wurde schließlich, nachdem auch Abg. Twesten ausdrücklich zugestimmt hatte, einstimmig angenommen.

K.C. Berlin, 19. Sept. (Sechster Plenarsitzungstag.) Am Ministertisch: v. Roon, v. Mühlert, Graf zur Lippe.

Berichterstatter v. Bärst erklärt, dem bekannten Kommissionsantrag auf Fortsetzung der Beratung kein Wort hinzuzusetzen zu können.

Der Kriegsminister: Es handle sich um das Budget für 1862; er halte an seinen einmal abgegebenen Erklärungen fest. Was die zweijährige Dienstzeit anlangt, so habe er nur erklärt, daß das Amendement Stavenhagen in dieser Hin-

sicht nicht annehmbar sei. In eine neue Debatte über diese Frage könne er sich nicht einlassen.

Abg. Simon: Auch er könne sich nicht seinen politischen Freunden in der Kommission nur einverstan den erklären. Der Konflikt, welcher bei Eintritt dieser Frage zum Bedauern des Landes stattgefunden, dauere nach den Vorgängen der beiden letzten Tage in intensiver Weise fort. Der Redner schließt mit der Ermahnung, an der Beratung festzuhalten.

Abg. Stavenhagen: Er und seine Freunde hätten die Anträge, um welche es sich handelt, nicht als Vermittlungsvorschläge gemacht. Er müsse konstatieren, daß er sie nicht gestellt, damit sie von der Staatsregierung, sondern damit sie von dem Hause angenommen werden.

Der Kriegsminister: Ich habe meinen früheren Erklärungen nur noch hinzuzufügen, daß die Staatsregierung sich geneigt erklärt hat, das Binke'sche Amendement anzunehmen, um dem Hause das Entgegenkommen der Regierung zu beweisen. Man kann mir daraus keinen Vorwurf machen, daß ich der Meinung gewesen bin, das Haus habe durch seine Beratung die Bereitwilligkeit, auf das Entgegenkommen der Regierung einzugehen, wenigstens in gewissem Grade kundgeben wollen. Schon am 15. d. habe ich die Gründe angeführt, welche aus technischen Bedenken dem Theile des Stavenhagen'schen Amendements, welches eine zweijährige Dienstzeit fordert, entgegenstehen. Gestern habe ich erklärt, die Angelegenheit sei zu wichtig, als daß sie in 24 Stunden entschieden werden könne. Dessen ungeachtet habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß eine Ausführung des Stavenhagen'schen Antrags unmöglich ist.

Abg. Zimmermann: Er hoffe, daß die Zahl der 273 sich für die Folge bei den Abstimmungen durch die Vorgänge der letzten Tage vermehren werde.

Der Kriegsminister: Die Staatsregierung hat die Ueberzeugung, daß alle Schritte zur Verzögerung gethan sind. Diese sind schon darin zu erblicken, daß die Staatsregierung wider ihren Wunsch von dem, was sie für zweckmäßig hält, die bedeutendsten Auerbietungen zur Ermäßigung in den Etats pro 1862 und 63 entgegengebracht hat. Bis zum Juli 1862 bedurfte der Etat zur Befriedigung der Militärbedürfnisse der Zuschlagsteuer, die bei dem jetzt vorgelegten Etat ferner nicht in Anspruch genommen wurde. Der Militäretat des Jahres 1862, welcher in der vorigen Session dem Hause vorgelegt worden, betraf sich im Ganzen auf ungefähr 41 Millionen. In der diesmaligen Session hat die Regierung das Normalbudget auf 38 Millionen 638,000 Thlr. freiwillig ermäßigt. Die Staatsregierung hat ferner nach Wegfall dieser Zuschlagsteuer noch weitere Reduktionen in Aussicht gestellt; sie hat ferner die Summe von 831,000 Thlrn. nachgelassen und hat in dem Etat von 1863 eine weitere Reduktion vorgezeichnet, so daß schrittweise Ermäßigungen in den Militärbedürfnissen eintreten werden. Es wird mir wohl erlaubt sein, meine eigenen Ansichten auszusprechen: ich meine die Widerständigkeit — ich finde keinen andern Ausdruck — des Verfahrens der Majorität dieses Hauses.

Der Präsident hält diesen Ausdruck für nicht parlamentarisch.

Der Kriegsminister: Ich kann keinen andern Ausdruck finden; ich bedauere es — aber ich glaube, daß dies starr festhalten an dem sogenannten Rechte mit den Pflichten des Hauses in Widerspruch stehe! (Der Minister betont diese Worte.) Die Folgen, welche ein Beschluß des Hauses, der den Antrag der Kommission zum Muster nimmt, herbeiführen wird, sind der Art, daß ein solches Votum beim Lande unbedingt keine Billigung finden wird.

Abg. Reichensperger (Bekum) ist ebenfalls für die Fortsetzung der Beratung; er fordert jedoch das Haus auf zur Mäßigung.

Abg. Birchow: Der Zwischenfall der beiden letzten Tage hat die Angelegenheit nur verzögert, ohne irgend einen Vortheil zu bieten.

Abg. v. Rönne (Glogau): Der Äußerung des Abg. Zimmermann, daß die Erfahrung der letzten Tage die Majorität des Hauses vermehren werde, muß ich widerstreiten. Ich und meine Freunde werden uns durch diese Vorgänge durchaus nicht von unserer bisherigen Stellung abbringen lassen.

Nachdem der Abg. v. Binke erklärt, daß das Entgegenkommen der Regierung nicht so hervorretend sei, wie die Minister das Haus gern glauben machen möchten, und daß die wohlwollenden Tendenzen der rechten Seite dieses Hauses zu gering angeschlagen würden, wird der Schluß der Debatte angenommen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen, worauf das Haus mit Ausnahme einer Stimme (Graf Bethusy) sich dafür erklärt, in die Spezialdiskussion zu treten. Zur Abstimmung kommt der erste Antrag Stavenhagen's: An Gehältern für neu anzustellende Intendanturbeamte die Summe von 15,000 Thlrn. abzusetzen.

Es wird namentlich abgestimmt. Das Resultat ist: von 341 Anwesenden haben sich für den Antrag erklärt 276 und gegen den Antrag 65. (Das Stimmenverhältnis gegen die Regierung hat sich also nicht verändert.) Das Haus fährt in der Beratung der einzelnen Titel des Etats fort. Die einzelnen Anträge werden überall nach dem Kommissionsvorschlag angenommen.

Deutschland.

* Karlsruhe, 20. Sept. Seine königliche Hoheit der Großherzog ist heute Vormittag 10^u Uhr wieder dahier eingetroffen.

Konstanz, 18. Sept. Se. Königl. Hoheit der Großherzog beehrte heute unsere Stadt mit einem Besuche. Gegen 8 Uhr kam Höchstselbe von Schloß Mainau hier an und wohnte auf dem Exerzirplatze, wohin die Garnison ausgerückt war, den Exerzieren und Manövern an; hierauf besuchte Se. Königl. Hoheit die Gallerie und Bibliothek im Wessenberg-Hause, sowie die Bahnbauten, und kehrte gegen 11 Uhr wieder nach Rainau zurück, wohin für morgen

früh ein Dampfboot zur Rückreise über Romanöhorn und Zürich befohlen ist.

Konstanz, 19. Sept. Dem gestrigen Bericht ist noch nachzutragen, daß Se. Königl. Hoheit der Großherzog auf dem Stadthau'e den Gemeinderath zu empfangen geruhte, Wessenberg's Grabstätte besuchte, und Fräulein Ellenrieder, sowie das Atelier des Hrn. Bildhauer Bauer, der gerade mit den für die Rheinbrücke bestimmten Statuen von Großherzog Leopold und Herzog Berthold beschäftigt ist, mit einem Besuch beehrte. — Der See, der bereits auf seinen Winterstand zurückgetreten war, ist außergewöhnlicher Weise in den letzten Tagen wieder so gewachsen, daß sein jetziger Wasserstand den höchsten dieses Sommers fast übersteigt. — Die Ergiebigkeit an Kornobst und Obst ist dieses Jahr eine ganz außergewöhnliche, so daß zu 6 und 4 fr. die Maß Most und zu 30 fr. der Doppelsteier Obst in ausgedehnter Waare verkauft wird.

München, 18. Sept. Der „Nürn. Korr.“ schreibt: Die auf die preussische Note bez. des Handelsvertrages von unserer Regierung zu erlassende Antwort, und ebenso die Antwort auf die badische Note gleichen Betreffs ist vor einigen Tagen Sr. Maj. dem Könige vorgelegt worden, und man erwartet nun die alsbaldige Entschädigung des Monarchen.

Aus Bayern, 18. Sept. Man schreibt dem „Frankf. Journ.“: Ueber die Mittheilung der Wiener „Presse“ bezüglich einer großen deutschen Versammlung, welche nächstens in Frankfurt a. M. abgehalten werden soll, erfahren wir aus guter Quelle folgendes Nähere: Zunächst soll die Versammlung aus den liberalen Elementen der großdeutschen Partei bestehen, und werden daher alle liberalen Fraktionen des österreichischen Reichstags (nicht bloß die ministeriell gesinnten Mitglieder) darin vertreten sein. Die Versammlung findet zu Ende Oktober statt und wird darin zunächst ein Parteiprogramm beraten und festgestellt werden. Die Vorberatungen über dieses Programm sind zur Zeit noch in der Schwelbe. Wie uns versichert wird, werden ultramontane Größen, wie z. B. v. Andlaw u. A., zu der Versammlung nicht eingeladen werden; und dürfte hieraus zu folgern sein, daß man sich von dem Ultramontanismus gänzlich fern zu halten gedenkt.

Auch der „Allg. Ztg.“ schreibt man, daß sich Mitglieder des Wiener Reichstags, und zwar aus beiden Häusern, an dieser Versammlung betheiligen werden, keineswegs aber nur ministeriell gesinnte Mitglieder, sondern Abgeordnete aus allen liberalen Fraktionen des Reichstags. „Ferner“ heißt es weiter — haben ihre Theilnahme zugesagt die hervorragendsten Mitglieder der liberal-großdeutschen Fraktionen aus Bayern, Württemberg, Hannover und Sachsen. Ueber die Feststellung eines detaillirten Programms, welches auch den schwebenden praktischen Fragen Rechnung tragen soll, sind die Verhandlungen noch nicht geschlossen. Die Einladung wird in den nächsten Tagen erfolgen, und unter Andern von Graf Auersperg (A. Grün), Gieska, Brinz u. s. w. aus Wien, von Graf Heynberg-Dur und Herrn v. Verchenfeld in München, und von Herrn v. Barnhäuser in Stuttgart unterschrieben werden.

Wiesbaden, 19. Sept. (Fr. J.) Die hiesige Regierung hat in Berlin ihre Zustimmung zu dem Handelsvertrag unter der Voraussetzung des Beitritts der übrigen Zollvereins-Regierungen ausgesprochen lassen. Auch soll in der bezüglichen Erklärung der Wunsch nach einer Zollkonferenz ausgesprochen sein, um diesen Zutritt um so sicherer herbeizuführen.

Wiesbaden, 18. Sept. Siderm Vernehmen nach, berichtet die „Mittelrh. Ztg.“, ist das Anlehen von 7,200,000 fl. in Aprozentigen Obligationen gestern definitiv mit dem Hause Reichstags in Frankfurt abgeschlossen worden.

Frankfurt, 19. Sept. Nach einer Kaffeler Korrespondenz der „Weserzeitung“ haben die ehemaligen Parlamentsmitglieder Christmann aus Darmstadt, Feldmann aus Selters, Kolb aus Speyer, Reinhard aus Voigtburg, Hofmähler aus Tharand, und Tafel aus Stuttgart eine Aufforderung an ihre ehemaligen Kollegen zu einer streng vertraulichen Versammlung in Frankfurt a. M. erlassen. Sie sagen darin:

Angesichts des stattfindenden Versuches, eine Versammlung zu bilden, welche ein „Parlament“ sein soll, nur unter Vermittelung des Namens; Angesichts der gesammten Lage des Vaterlandes tritt an die noch im rechtlichen Besitz ihres Mandats stehenden Parlamentarier die Aufforderung heran, sich zunächst zu einer einfachen Privatbesprechung wieder zu vereinigen. Noch sind wir die Einzigen, welche ein Mandat von der deutschen Nation erhalten haben. Nicht nur ist dieses Mandat formell noch nicht erloschen, nicht nur besitzen wir noch vor allen Andern ein besonderes Ansehen, sondern es ist auch nach Allem, was vorangegangen, und namentlich nach einem Parlamentsbeschlusse (vom 30. April 1849) unsere spezielle Pflicht, alle politischen Wandlungen der Zeit sorgsam im Auge zu behalten und zu diesem Behufe auf der Hochacht zu stehen.

Als weitere Erwägungsgründe werden hinzugefügt: 1) Die in nächste Aussicht gestellte Zusammenberufung von einer beschränkten Zahl Auserwählter, anstatt der früher allgemeiner gehaltenen Aufforderung, und 2) die neuerlich verlaubliche Absicht Schmerling's, mit Beschaffung einer Nationalvertretung „unmittelbar an Frankfurt anknüpfen zu wollen.“ Die Zeit des Zusammentritts sollte später bestimmt werden. Dieses Schreiben, sagt die genannte Quelle, sei von Frankfurt a. M. im Juli 1862 datirt (also wohl während des Schützenfestes entstanden), werde aber jetzt erst versandt. Das wäre denn die zweite, radikale Gegenkonferenz wider die Weimarer Versammlung.

* Berlin, 19. Sept. Der Ausgang der durch die bekannte Erklärung des Kriegsministers herbeigeführten Episode hat wesentlich zur Klärung und Befestigung der Standpunkte beigetragen. Die liberale Partei, wenigstens die gemäßigteren Fraktionen, hatten das scheinbare Entgegenkommen der Regierung mit aufrichtiger Freude begrüßt, und z. B. die „Köln. Zeitung“ hatte dieser Stimmung den wärmsten und loyalsten Ausdruck gesehen. Die nähere

Deutung aber, welche Hr. v. Noon seinen Worten gab, hat Alles wieder in's alte Geleis gebracht und darin nur noch mehr befestigt. Dasselbe Blatt, welches die anscheinend entgegengehaltene Rechte mit beiden Händen ergriffen hatte, widmet der neuesten Wendung in der Militärfrage heute wieder einen Leitartikel, worin es schließliche heißt: „Es ist Sache der Regierung, wie sie aus der selbstgeschaffenen Verlegenheit herauskommen will. Die Pflicht des Landtags, aus finanziell-technischen Gründen die unerschwinglichen Kosten für ein Friedensheer von 210,000 Mann zu verweigern, ist sehr einfach und wird unter dem Beifall des ganzen Landes männlich, fest und unerschütterlich ausgeübt werden.“

Es ist von besonderem Interesse, die Stimmen zu vernehmen, welche jetzt aus dem Lager der Reaktion herkommen. So sagt z. B. die feudale „Kammer-Korresp.“: „Dank der Energie und Konsequenz der Fortschrittspartei ist eine große Gefahr an unserem Vaterlande unschädlich vorübergegangen. Der von dem Ministerium noch in der zwölften, Stunde angebotene Kompromiß ist von der Budgetkommission einstimmig verworfen. Wir können nicht verschweigen, daß durch diese Konzeption unser Vertrauen zu dem zeitigen Ministerium auf den Gefrierpunkt herabgesunken ist. War es schon von Anfang an eine sehr befremdliche Politik, den beharrlichen Rückzug als die sicherste Gewähr des endlichen Sieges einzuschlagen, so bedurfte es kaum noch dieses letzten „Entgegenkommens“, um Freund und Feind gleichmäßig darüber anzuführen, daß es sich hier um nichts Anderes handle, als um eine eben so unmotivirte als unverständliche Schwäche. . . . Wer steigt, der hat Recht, sagt die Demokratie, und wer heute noch auf etwas Anderes Hoffnung setzt, als auf den unbedingten Sieg, der wird unzweifelhaft im Unrecht bleiben. Ob aber die Männer, welche wir bis dahin konservative Minister genannt, diesen Sieg erringen werden? Die Gegner glauben es nicht mehr, und wir? Entweder — oder! Entweder sofort nachgeben und Frieden schließen um jeden Preis, von dem dann natürlich auch die Personen der Herren Minister nicht ausgeschlossen bleiben dürfen; oder aber Eintreten in den Konflikt mit dem Bewußtsein und Entschluß, daß es sich nicht um Nachgiebigkeiten und gemüthliches Feilschen, sondern um einen Kampf handelt, aus dem man nur mit oder auf dem Schilde hervorgehen darf! — Die „Kreuz-Ztg.“ selbst schöpft wieder Hoffnung und zitiert die „Schimpfreden der Demokraten“; auch spricht sie von dem ewigen Kompas, der zum Siege führe, und hält ein Aufgeben der dreißigjährigen Dienstzeit für den Untergang des „königlichen Preussens“. „Denn gerade mit dieser Frage“ sagt sie — ist dasselbe eng verknüpft, und nur deshalb hat die Demokratie mit vollem Bewußtsein gerade sie als Mittel benützt für ihre revolutionäre Agitation.“

Dr. Hanfmann, Präsident des ständigen Ausschusses des Handelstags, verweilt gegenwärtig in Wien. Einige Blätter wollen wissen, der Finanzminister v. d. Heydt, mit welchem Hr. Hanfmann im besten Einvernehmen steht, habe durchaus nichts dagegen, wenn der vom Grafen Bernstorff durchgeführte deutsch-französische Handelsvertrag in die Brüche gehe. Man wird indeß gut thun, diese Andeutungen mit Vorsicht aufzunehmen.

Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft haben nach der „Spex. Ztg.“ mit Bezug auf den Münchener Handelsstag, dessen Sitzungen am 14. Oktober beginnen, an die preussischen Handelskammern und kaufmännischen Korporationen ein Zirkular erlassen, in welchem es u. A. heißt: „Da zunächst die Reihenfolge, in welcher die Münchener Verhandlungen die wichtigen Gegenstände ihrer Tagesordnung erschöpfen werden, für ein erwünschtes Resultat nicht gleichgiltig sein wird, haben wir unsere Abgeordneten ersucht, möglichst dahin wirken zu wollen, daß folgende Reihenfolge erzielt werde: 1) Der Handelsvertrag mit Frankreich, 2) die Erhaltung und bessere Organisation des Zollvereins, 3) Zollvereinigung mit Oesterreich. Was aber Inhalt und Zweck der Verhandlungen des Handelstages betrifft, so haben wir die Intentionen, die wir von unsern Abgeordneten in allen Fällen vertreten zu sehen wünschen, denselben dahin ausgesprochen: „daß wir den Handelsvertrag mit Frankreich vom 2. August dem Interesse des Gewerbes und Handelsstandes entsprechend erachten, seine Durchführung als eine Nothwendigkeit ansehen, und daß die Reorganisation des Zollvereins und eine Zollvereinigung mit Oesterreich nur auf Grundlage dieses Handelsvertrags und in Ausführung der im vorigen Jahr zu Hebelberg auf dem Handelstag gefaßten Beschlüsse anzustreben sei.“

Berlin, 19. Sept. S. M. der Königin empfing gestern Nachmittag auf Schloß Babelsberg außer dem Kriegsminister v. Noon auch den Finanzminister v. d. Heydt und nahm deren Vorträge entgegen. Beide Minister wurden darauf zur königl. Tafel gezogen. Gestern Abend um 9 3/4 Uhr traf S. R. H. der Kronprinz von Rheinhardtbrunn hier ein. Höchstselbe begab sich vom Bahnhof sogleich nach dem Finanzministerium und hatte dort mit dem Minister v. d. Heydt eine längere Besprechung. Heute Morgen fuhr S. R. Hoheit zum Könige nach Schloß Babelsberg. Wie es heißt, wird der König heute Abend nach Berlin kommen. Auch spricht man von einem abermaligen Kabinettsrath, welcher noch heute Abend stattfinden soll. Der Kronprinz kehrt wahrscheinlich schon morgen zu seiner erlauchten Familie nach Rheinhardtbrunn zurück. — Von der Budgetkommission sind neuerdings wieder mehrere Berichte ausgegeben worden. Dieselben beziehen sich auf den Etat für die hohenzollernschen Lande, sowie auf die Etats der Postverwaltung, der Telegraphenverwaltung, des Handelsamts und des Bauwesens. — Der Handelsminister hat kürzlich an sämtliche Handelskammern der Monarchie ein Zirkular erlassen, worin dieselben aufgefordert werden, den im Oktober in München zusammen tretenden Handelsstag zu beschicken. Das Zirkular hebt zugleich hervor: Es sei bei der Wichtigkeit der zur Verabreichung stehenden Gegenstände dringend geboten, daß bei der Münchener Versammlung eine möglichst allseitige Vertretung der preussischen Handelsinteressen stattfinde. — Heute früh um 7 1/2 Uhr

sind die Mitglieder der japanischen Gesandtschaft über Eydokunen von St. Petersburg hier wieder eingetroffen und haben im Hotel „Brandenburg“ Wohnung genommen. Dieselben werden schon morgen Berlin wieder verlassen, um sich nach dem Haag zu begeben. — Die nahe bevorstehende Ankunft des Geh. Raths v. Bismarck-Schönhausen in Berlin hat hier das schon früher verbreitete, aber längere Zeit in den Hintergrund getretene Gerücht wieder hervorgerufen, daß Hr. v. Bismarck dazu ausgerufen sei, den schon seit Monaten erledigten Posten eines Ministerpräsidenten zu übernehmen.

Wien, 19. Sept. Der „Botenbote“ bringt heute folgende Mittheilung: „Bei einer gestern Abend abgehaltenen Besprechung der Mehrzahl jener österreichischen Mitglieder des deutschen Juristentags, welche mit Blumstift u. s. w. über das Verhältniß Oesterreichs zur deutschen Reformbewegung eine Konversation gehalten, entschied man sich einstimmig für Nichtbetheiligung an der Weimarer Versammlung, und zwar hauptsächlich um der dort festgestellten Tagesordnung willen. Diese Tagesordnung schien den Versammelten, anstatt der ursprünglich beabsichtigten Verhandlung über die deutsche Verfassungsfrage überhaupt, nunmehr zu speziell und wohl auch zu tendenziös gestaltete Punkte zu bieten. Selbstverständlich zeigte sich bei Manchen auch eine Abneigung gegen Weimar an und für sich. (Dr. Schuske, der zu erscheinen verhindert war, hat gleichfalls die Erklärung abgegeben, daß er nach Weimar auf keinen Fall gehe.) Dr. Berger und Dr. Rehbauer, die provisorisch als Mitunterzeichner der Weimarer Einladung figurirten, haben telegraphisch die Streichung ihres Namens begehrt. Die Versammlung wird ihren Entschluß mit den Motiven nach Weimar bekannt geben.“ — Dieser Mittheilung des „Botenboten“ kann die „Scharf. Korresp.“ noch hinzufügen, daß Alles zu der Hoffnung berechtigt, „es werde die im nächsten Monat zu Frankfurt stattfindende große deutsche Versammlung aus Deutsch-Oesterreich sehr zahlreich besucht werden.“

Darüber, daß die Namen Berger und Rehbauer sich unter den zu dem Weimarer Abgeordnetenkongreß Einladenden befinden, hat sich in den Wiener Blättern und Korrespondenzen eine lange, meist gegen Hr. Hofrath Blumstift gerichtete Diskussion erhoben, wobei auch bezügliche Briefe von den drei genannten Männern veröffentlicht wurden. Auf uns macht die Lesart den Eindruck, daß bei der Einfügung dieser Namen in die Reihe der andern vollkommen guter Glaube, möglicher Weise aber ein kleines Mißverständnis geherrscht hat, welches jetzt von der Wiener Presse in tendenziöser und gehässiger Weise ausgebeutet wird.

Italien.

Turin, 18. Sept. Der „Diritto“ theilt einen Brief des Dr. Riparini mit, aus dem hervorgeht, daß das Ministerium sich jeden Tag ein Bulletin über das Befinden Garibaldi's schicken läßt, dasselbe aber nicht veröffentlicht. Garibaldi ist fortwährend ruhig und würdevoll; selbst bei der äußersten schmerzhaften Untersuchung seiner Wunde verzichtete er nicht auf seinen Mund; nur nimmt er ein Taschentuch zwischen die Zähne. Gegen alle Besucher ist er liebenswürdig und heiter. Die Chirurgen Albanesi und Basile verlassen Tag und Nacht nicht das Zimmer Garibaldi's. Häufig sind auch Basso, der alte Freund Garibaldi's, und Tedeschini, der Freund Menotti's, anwesend.

Frankreich.

Paris, 18. Sept. Der „Esprit public“ sagt, es sei grundlos, daß die Mitglieder des Kabinet's ihre Entlassung eingereicht hätten; Consorti und Depretis behielten ihre Portefeuilles. Dasselbe Blatt veröffentlicht Briefe und Dokumente, mit denen es beweisen will, daß die Ansichten der Garibaldi'schen Expedition von Mazzini inspirirt gewesen seien. Es fügt hinzu, daß nach der Niederlage von Aspromonte Mörder auf italienischem Boden ausgeführt worden seien, mit dem Auftrag, sich an die höchsten Häupter zu halten; nach solchen Thaten sei das Ministerium genöthigt gewesen, den Prozeß einzuleiten, um zu zeigen, auf wen die Verantwortlichkeit für das vergossene Blut falle.

Paris, 19. Sept. Die „France“ läßt sich heute sehr viel von dem gewaltigen Eindruck aus Turin berichten, den ihre bisherigen Mittheilungen über einen bevorstehenden Staatsstreich durch ganz Italien herbeigebracht hätten. Seitdem faßten die zahlreichen Mitglieder der Ordnungspartei, die man drei Jahre lang so sehr eingeschüchtert, wieder frischen Muth. Gleichzeitig nimmt die „France“ Veranlassung, die über den Empfang der Deputation von Fortis in Umlauf gesetzten Gerüchte zu demontiren. Der König habe der Deputation nur erwiedert, die Frage sei ernst, und er werde Alles aufbieten, um von jetzt bis in einem Jahr eine, alle Interessen zufriedensstellende Lösung herbeizuführen.

Die „Patrie“ hat gute Nachrichten aus La Spezzia. Die Wunde Garibaldi's ist in dem relativ besten Zustande. Die Geschwulst ist beigesunken; man hat zwei Knochen splitter und einige Strumpfsäden aus der Wunde herausgezogen. Garibaldi soll sich in guter Stimmung befinden. Wie man demselben Blatt weiter schreibt, befürchtet man in Turin, Dr. Partridge möge gleichzeitig politische Aufträge von Seiten Lord Palmerston's auszuführen haben. Die auswärtigen Freiwilligen ohne Grad sollen nach ihrer betreffenden Heimath zurückgeführt werden.

Wie die „France“ meldet, haben die Mitglieder der Juárez'schen Regierung mit großer Majorität eine Verhändigung mit den Franzosen anzubahnen. Man würde dem General Forey eine Kapitulation vorschlagen, welche die Besetzung der Städte Puebla und Mexico durch die Franzosen zur Basis haben soll. — Die Hochzeitsfeier der Prinzessin Pia findet den 25. statt. Die Stadt Turin überreicht ihr als Brautgeschenk ein kostbares Album. — Morgen, Samstag, findet die feierliche Beerdigung des Marschalls Castellane in Lyon statt. Der Kriegsminister, der sich auf Urlaub in der Nähe aufhält, wird derselben beiwohnen. — 3proz. 69.5. Ital. Anl. 70.90. Dft 557.50.

Paris, 19. Sept. Von Auflösung des Gesetgeb. Körpers und Neuwahlen ist es wieder still geworden; dagegen tauchen die Gerüchte von einer Kabinet'smodifikation und die Version vom Eintritt des Hrn. Drouin de Lhuys ins Ministerium von neuem auf. Auch von Ersetzung des Hrn. Thouvenel durch Hrn. v. Bourqueney ist hier und da die Rede. Der Gesundheitszustand dieses Diplomaten läßt jedoch dieses Gerücht wenig wahrscheinlich erscheinen. Sollte der Unterzeichner des Vertrags von Zürich, der Verteidiger des Prinzips der Konföderation in Italien, democh die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen, so wäre dies für die Richtung der kaiserlichen Politik allerdings bezeichnend. — Die Reise des Prinzen Napoleon nach Turin ist neuerdings in Frage gestellt. — Der Bischof von Versailles soll, wie man versichert, zum Erzbischof von Aix ernannt werden. Auch ist die Rede von Errichtung eines neuen Bisthums zu Pontoise. — Wie man aus Bagnon schreibt, wird der Kaiser sich auf der Rückreise von Biarritz in Darau aufhalten, um sich persönlich zu überzeugen, ob die im Adour-Fluß vorgenommenen Korrekturen wirklich, wie man behauptet, für Schifffahrt und Handel höchst nachtheilig ausfielen.

Rußland und Polen.

Warschau, 16. Sept. Die auf indirekten Auftrag des Großfürsten Konstantin zur Mittheilung an denselben an den Grafen Zamoyiski von einer Anzahl polnischer Vertrauensmänner gerichtete Adresse lautet wörtlich:

Herr Graf! Die beispiellosen Unglücksfälle in der Geschichte Polens haben, indem sie sein politisches Dasein unterbrachen, es nicht vermocht, den Geist der Nation zu schwächen oder das glühende Bewußtsein ihres historischen Berufes bei ihr zu unterdrücken oder auch nur abzukühlen. Der Geist der Nation wurde mächtiger durch Hingebung und Opfer, die Gefühle steigerten sich durch Schmerz und Hoffnung, und ruhen in entscheidenden Momenten um Rückgabe der uns entziffenen und durch Jahrhunderte geheiligten Rechte und Gerechtigkeiten.

Schon im vorigen Jahr verlangte die Adresse an den Thron die Rückgabe dieser unserer Rechte; sodann haben die zur Bildung der Bezirke und Stadtrathe berufenen Wähler in ihrer mit zwanzigtausend Unterschriften versehen Eingabe an den damaligen Statthalter erklärt, daß nur eine aus Wahlen entspringende Vertretung mit freier Diskussion sich über die allgemeinen Bedürfnisse des Landes äußern könne, daß jedoch die neu eingeführten Institutionen nicht im Stand sein werden, dem dem Lande drohenden Unglück zu steuern. Der Kriegszustand machte die Ueberreichung dieser Eingabe unmöglich und die abermals unberücksichtigten Bedürfnisse des Landes führten zu den vorhergesehenen unseligen Folgen.

Dritte wieder kommen wir Polen im Rahmen der sozialen Ordnung und der europäischen Zivilisation, aufgefordert durch den Kaiser Sr. Kais. Hoheit des Großfürsten Konstantin, nicht zu gestatten, daß das Land sich dem Abgrund näherte, aus allen Theilen des Landes zusammen, und in Ermangelung eines andern Weges, auf dem wir öffentlich auftreten könnten, wenden wir uns an Dich, Graf, in dem Vertrauen, Du werdest Sr. Kais. Hoheit die aus dem Innern unseres Herzens und unserer Seele kommenden Bedürfnisse und Ueberzeugungen mittheilen, deren Geheimhaltung wir für schädlich und deren vernünftliche Verwirklichung vor der ganzen Welt für notwendig erachten.

Wir entziehen uns nicht der Theilnahme an den uns neu verliehenen Institutionen, jedoch fühlen wir uns verpflichtet, zu erklären, daß man durch die bisher angewandten Mittel das Land in einen Zustand gebracht hat, in welchem man es weder durch Militärgewalt, noch durch Kriegserichte, Kerker und Verbannung, noch auch durch Todesurtheile beruhigen könne; im Gegentheil werde man dadurch die Gerechtigkeit bis auf äußerste steigern und das Land auf einen ebenso für die Regierung wie für die Regierten unheilvollen Weg führen.

Wir aber werden als Polen nur dann die Regierung mit Vertrauen unterstützen können, wenn diese Regierung eine nationale, eine polnische sein, wenn bei freien Gesetzen alle Provinzen unseres Vaterlandes vereint sein werden. Hat ja doch der Großfürst selbst in seinem Auftrage diese unsere Vaterlandsliebe gelehrt und uns die Mitwirkung zum Wohl des Vaterlandes versprochen. Theilen können wir die Liebe nicht, und wir lieben unser ganzes Vaterland in den Grenzen, welche ihm Gott gezogen und die historischen Traditionen überwiesen haben.

Großbritannien.

London, 18. Sept. Von dem auf Kosten des hiesigen Ausschusses nach Spezzia geschickten Dr. Partridge ist über das Befinden Garibaldi's vorerst folgender Brief aus Turin vom 15. eingetroffen:

Lord Palmerston hat an unsern Gesandten hier telegraphirt, er möchte durch seinen Einfluß beim italienischen Ministerium mir Zutritt zu Garibaldi verschaffen, und somit hoffe ich morgen im Besitz der Erlaubnis und am 16. spätestens in Spezzia zu sein. Den inzwischen eingetroffenen Bericht nach zu schließen hat sich das Befinden Garibaldi's zum mindesten nicht verschlimmert. Die Wunde entleert sich, wie es heißt, ohne Anstand; der Knochen, d. h. der verletzte Theil desselben, löst sich ab und kann entfernt werden. Es ist dies ein langwieriger, aber kein gefährlicher Prozeß. Die Kugel steckt, wie vermuthet wird, noch immer in der Wunde. Sobald ich Garibaldi gesehen habe, telegraphire ich. Wird mir der Zutritt zu ihm gestattet, dann werde ich es mir angelegen sein lassen, die ihn behandelnden Aerzte nicht zu verlassen, um nicht ihre Opposition gegen die von mir zu machenden Vorschläge hervorzurufen.

Als Beiträge für die Kosten dieser ärztlichen Sendung sind bis gestern Abend 338 Pfd. St. eingegangen.

Ein Telegramm des Hrn. Partridge aus Spezzia sagt:

Wir haben Garibaldi gesehen. Die Kugel drang nicht in die Wunde ein (!), sondern zersplitterte die innere Kapsel, das Gelenk blockend, welches jetzt, obgleich bei der Bewegung schmerzhaft, von Entzündung frei ist. Sonstiger Gesundheitszustand leidlich.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 21. Sept. 3. Quartal. 95. Abonnementsvorstellung. Katharina Cornaro; große Oper in 4 Akten; Musik von Fr. Rachner.

